

Das Wirtschaftsgefälle ist kaum zu überwinden

Von Donata Riedel, 09.02.2017

Sie stand für die totale Abschottung der Welt des Sozialismus vor dem Kapitalismus. 28 Jahre, zwei Monate und 26 Tage trennte die Mauer Ost- und Westberlin, und genauso lange ist es an diesem Montag her, dass DDR-Bürger sie zu Fall brachten. Der Kapitalismus hatte am 9. November 1989 den Sozialismus besiegt. Aber hat er auch alle Schäden beseitigen können, die Jahrzehnte der Planwirtschaft der Wirtschaft des Ostens zugefügt haben? Nein, bisher nicht, sagen Ökonomen. Das sei aber erstens kein Wunder - und zweitens nicht wirklich schlimm.

"Entscheidend für die Menschen vor Ort ist doch, dass sich die Lebensverhältnisse stark angeglichen haben", meint Joachim Ragnitz vom Ifo-Institut Dresden. So liegen die realen verfügbaren Einkommen je Einwohner inzwischen bei 90 Prozent des Westniveaus. Das allerdings ist nicht direkt der Erfolg des Kapitalismus, sondern eher der Erfolg seiner freundlichen europäischen Variante, der Sozialen Marktwirtschaft. "Das Sozialsystem Deutschlands ist sehr auf regionalen Ausgleich bedacht", betont Ragnitz.

"Gleichwertige Lebensverhältnisse" nennt das Grundgesetz als Staatsziel, und im Großen und Ganzen wurde dies erreicht, stellt auch die Ostbeauftragte der Bundesregierung, Iris Gleicke (SPD), im jüngsten Bericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit fest: Die Lebenszufriedenheit in Ost und West ist gleichermaßen hoch, die Städte wurden saniert, Straßen und Eisenbahnstrecken gebaut, Umweltschäden beseitigt. Auch die Wirtschaft wächst, und die Arbeitslosigkeit sinkt. Städte wie Leipzig und Jena, Erfurt und Rostock wachsen. Im Tourismus hat Mecklenburg-Vorpommerns Ostseeküste Bayerns Berge als beliebtestes deutsches Ferienziel abgehängt.

"Die Bilanz ist nicht schlecht", sagt denn auch Oliver Holtemöller vom Wirtschaftsforschungsinstitut IWH Halle. Die Angleichung habe viel schneller stattgefunden als etwa in Polen. "Wenn wir uns die Konsummöglichkeiten anschauen, sind die Unterschiede Ostdeutschlands zum Westen nicht mehr groß: Die Transfersysteme, die niedrigeren Preise und Mieten und die Überweisungen von Pendlern führen zu sehr ähnlichen Lebensverhältnissen."

Jedoch: Betrachtet man ausschließlich die nackten Wirtschaftsdaten, dann "ist Ostdeutschland ein großes, zusammenhängendes, strukturschwaches Gebiet, während es im Westen eher einzelne strukturschwache Inseln gibt", sagt Gleicke. Das Bruttoinlandsprodukt Ost verharrt auf dem Niveau von 73 Prozent des Westens, die Arbeitslosenquote war 2017 mit 8,4 Prozent höher als im Westen mit 5,8 Prozent. Die Produktivität liegt bei zwei Dritteln des Westniveaus, die Finanzkraft der Gemeinden hinkt hinterher. Noch immer wandern mehr

Ostdeutsche nach Westdeutschland ab, als Westdeutsche in den Osten ziehen. "Es ist immer noch so, dass das West-Ost-Gefälle größer ist als das Süd-Nord-Gefälle", sagt Holtemöller.

Der Thüringer CDU-Bundestagsabgeordnete Christian Hirte, frisch gewählt zum Unionsfraktionsvize für Wirtschaftspolitik, warnt denn auch vor Illusionen: "Die Unterschiede in der Wirtschaft werden wohl dauerhaft bleiben", sagte er dem Handelsblatt. "Ostdeutschland ist überwiegend ländlich geprägt, und wir haben keine Großunternehmen", stellt er fest. Kein Dax-Konzern zog in den Osten oder entstand dort. "Deshalb muss man ehrlich sein: Ein Stuttgart oder München wird es im Osten nicht geben." Das ändere sich nicht, auch wenn das Gehaltsniveau in Jena und Leipzig höher ist als in Teilen des Ruhrgebiets und der ärmste Landkreis von Gesamtdeutschland die Südpfalz ist - bereits seit 40 Jahren.

Der Sozialismus jedenfalls wirkt im Osten noch immer nach. Seine Zerstörungskraft begann ja auch weit vor den Tagen der Mauer-Abschottung mit den Demontagen von Industrieanlagen durch die Sowjetunion direkt nach dem Krieg. "Die Teilung Deutschlands hat die Wirtschaft permanent verändert", sagte DIW-Präsident Marcel Fratzscher dem Handelsblatt. "Der Sozialismus hat Veränderungen geschaffen, die unumkehrbar sind." Denn jene erfolgreichen Traditionsunternehmen, die nach dem Zweiten Weltkrieg von Ost nach West, von Berlin nach München oder Frankfurt am Main, umgezogen sind, werden ihre Zentralen nie wieder zurückverlegen. Siemens etwa oder die Allianz oder die Deutsche Bank.

Die ostdeutschen Ökonomen Ragnitz und Holtemöller halten zwar ganz grundsätzlich eine komplette wirtschaftliche Angleichung für möglich: "Natürlich kann die Marktwirtschaft die Schäden des Sozialismus reparieren", sagt Ragnitz. Es dauere nur sehr, sehr lange. Nämlich "Generationen", so Holtemöller: "In den USA zum Beispiel war das wirtschaftliche Gefälle zwischen Nord- und Südstaaten nach dem Bürgerkrieg ähnlich groß wie das West-Ost-Gefälle nach dem Mauerfall." In den USA habe es 100 Jahre gedauert, das Gefälle zu beseitigen. Eine "Garantie für Konvergenz" könne es niemals geben.

Ragnitz macht allerdings nicht allein den Sozialismus verantwortlich für die wohl bleibende Strukturschwäche Ost, sondern auch wirtschaftspolitische Fehler der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung von Kanzler Helmut Kohl direkt nach der Wiedervereinigung. "Die Treuhand-Privatisierungsentscheidungen und der Fehler, anfangs das Prinzip Rückgabe vor Entschädigung zu wählen, sind eine schwere Hypothek", sagt Ragnitz.

Daraus sei in den 1990er-Jahren im Osten ein sehr lange anhaltendes Gefühl von Perspektivlosigkeit entstanden: "Gerade junge, innovative Leute sind deshalb weggezogen." Der Frust aus dieser Zeit hält in Teilen Ostdeutschlands an und gilt Politikwissenschaftlern wie Werner Patzelt von der TU Dresden als Mitursache für die hohen AfD-Wahlergebnisse im Osten.

Auch der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller (SPD), erinnerte in seiner Rede zum Tag, an dem die Mauer so lange weg ist, wie sie gestanden hat, an die Durststrecke der 1990er-Jahre, in denen Berlin unter Leerstand, hoher Arbeitslosigkeit und striktem Sparzwang litt.

"Viele Menschen sehen ihre Lebensleistung aus der DDR- und Nachwendezeit nicht anerkannt", sagt Gleicke. Als die Mauer fiel, änderte sich für die DDR-Bürger über Nacht alles, während im Westen das Leben weiterging wie bisher. So gingen in den ersten vier Jahren nach der Wiedervereinigung zwei Millionen Industriearbeitsplätze in Ostdeutschland verloren. Wer im Jahr 1990 bereits Ende 30 oder älter war und in einem Industriebetrieb arbeitete, fand häufig nie wieder einen Arbeitsplatz. Bis 2005 stieg die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland stetig, bis auf 20,6 Prozent. In dieser Zeit habe sich auch das generelle Misstrauen der

Ostdeutschen gegenüber politischen Institutionen verfestigt, so Gleicke. Erst ab 2006 begannen auch im Osten wieder neue Arbeitsplätze in großer Zahl zu entstehen.

Ökonomen sehen den Veränderungsdruck durch den Systemwechsel allerdings nicht nur negativ, im Gegenteil: "Der Neuanfang bedeutet, dass Ostdeutschland weniger in alten Wirtschaftsstrukturen gefangen ist und die Chance hat, die Möglichkeiten von technologischem Wandel und Globalisierung zu nutzen", sagt Fratzscher. Er vergleicht die Situation im Osten mit der ebenfalls nicht rosigen Lage Nordrhein-Westfalens, "das den Strukturwandel noch immer nicht erfolgreich bewältigt hat".

Voraussetzung wäre dafür allerdings, massiv in Breitbandanschlüsse zu investieren - und die gerade in ländlichen Gegenden Ostdeutschlands grassierende Ausländerfeindlichkeit zu überwinden.

Die einstige Mauerstadt Berlin etwa ist seit fünf Jahren eine Stadt im Aufschwung. "Unsere Wirtschaft wächst stärker als im Bundesdurchschnitt", betonte Bürgermeister Müller am Wochenende voller Stolz: Berlin sei Start-up-Hauptstadt und mit seinen Universitäten ein führender Forschungs- und Wissensstandort Europas.

"Das Geheimnis wirtschaftlicher Aufholprozesse liegt in Innovationen und in der Bildung", sagt auch Holtemöller. Extraprogramme nur für den Osten seien aber aus der Zeit gefallen, meinen Ostexperten. "Die Politik sollte auf gezielte Verbesserungen in allen strukturschwachen Regionen setzen, etwa im Bereich Forschung, Technologie und Bildung", verlangt etwa Ragnitz. Dann könne sich auch der unternehmerische Mittelstand, der im Osten seit dem Mauerfall entstanden ist, gut weiterentwickeln.

Holtemöller sieht da noch erheblichen Nachholbedarf. "Noch immer ist es leider so, dass die Schulabbrecherquote im Osten höher ist als im Westen", sagt er. Und bei den Universitäten sei es so, dass die meisten Exzellenzcluster rund um westdeutsche Unis entstanden seien. "Es ist wichtig, die Universitäten im Osten gezielt zu stärken", sagt auch Unionsfraktionsvize Hirte. Er halte es auch für eine gute Idee, weitere Bundesbehörden in den Osten zu verlegen. Denn dann würden entsprechend gut ausgebildete Beamte mit ihren Familien ebenfalls nach Ostdeutschland ziehen; zusätzliche Arbeitsplätze etwa im Einzelhandel und der Gastronomie könnten entstehen.

Holtemöller schlägt zusätzlich Steuervorteile für Neugründungen im Osten vor. "Wenn man will, dass sich Unternehmen in einer Gegend ansiedeln, die erst einmal unattraktiv erscheint, muss man diese attraktiver machen", sagt er.

Die Autorin ist Handelsblatt-Korrespondentin in Berlin mit Schwerpunkt Finanzpolitik.